

(Abg. Dr. Kaiser.)

- (A) Steigerung seiner Einnahmen sein wird. Also gegen diesen Antrag wende ich mich im Interesse des Anwaltsstandes, ich werde diesen Antrag ablehnen.

Meine Herren! Ich möchte nur noch mit kurzen Worten auf den § 38b eingehen. Dieser bestimmt, daß die Gerichtsschreiber auch dann die Befugnis zur Beurkundung haben sollen, wenn in der Urkunde, die sie aufzunehmen haben, die sofortige Unterwerfung unter die Zwangsvollstreckung enthalten ist. Es ist da auf S. 4 des heute schon einmal mit Recht als trefflich gerühmten Berichtes die Bemerkung zu finden, daß fast jede Hypothekenbestellung diese sogenannte kassatorische Klausel enthielte. Ich möchte im Interesse dieses vortrefflichen Berichtes nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, damit uns später nicht ein Vorwurf daraus gemacht wird, daß wir juristische Begriffe nicht klar erkannt hätten, daß es sich nicht um die kassatorische Klausel handelt, sondern um eine Zwangsvollstreckungsklausel. Die kassatorische Klausel ist nur die Bestimmung, daß unter Umständen der Gläubiger von einer Stundung oder einer ähnlichen Vertragsbestimmung zurücktreten und die Fälligkeit des Ganzen verlangen kann, wenn gewisse Umstände eintreten. Dagegen ist sie verschieden von der Zwangsvollstreckungsklausel. Daß diese Zwangsvollstreckungsklausel aufgenommen wird, halte ich nur für eine Konsequenz des Art. I des

- (B) Entwurfs. Es ist selbstverständlich, daß, wenn der Gerichtsschreiber nicht diese Befugnis bekäme, die ihm erteilte Ermächtigung zur selbständigen Aufnahme gewisser Urkunden so gut wie wertlos sein würde, denn das ist gang und gäbe, daß die Unterwerfung unter die Zwangsvollstreckung im Interesse der Beschleunigung der Rechtsvollstreckung in die Urkunde aufgenommen wird. Insofern kann ich mich mit dieser Neuerung in § 38b einverstanden erklären.

Wenn ich nun noch ein kurzes Wort zu den Ausführungen des Herrn Justizministers sagen darf, die er über das Verhältnis der Justizverwaltung zum Anwaltsstande gemacht hat, so nehme ich dankbar davon Kenntnis, daß der Justizverwaltung alles andere näher liegt, als irgendwie den Stand der Anwälte zu schädigen, und ich habe auch nicht die geringste Veranlassung, Vorwürfe in dieser Beziehung gegen sie zu erheben. Nur möchte ich eins erwähnen. Die Petition des Sächsischen Anwaltvereins zeigt recht deutlich, wie gut es ist, wenn bei derartigen Gesetzesänderungen vorher mit den Stellen in Verbindung getreten wird, die immerhin durch solche Änderungen betroffen werden. Es würde ein großer Teil der Beunruhigung und ein großer Teil der Mißverständnisse beseitigt worden sein, wenn das Justizministerium Gelegenheit genommen hätte, bevor dieses Dekret herauskam, mit der Ver-

tretung der Anwälte, mit der Anwaltskammer, sich in Verbindung zu setzen und ihr Gelegenheit zu geben, sich über diese Punkte auszusprechen. Man möchte wünschen, daß überhaupt gerade in dieser Beziehung viel lebhaftere Fühlung mit den Kreisen genommen würde, die durch derartige Gesetze betroffen werden. Es wird dann manche Schärfe vermieden, die unnötigerweise hineingebracht wird. Deshalb möchte ich bitten, wenn gerade solche Sachen in einem Dekret verarbeitet werden sollen, daß dann auch die Vertretung der Anwälte mit gehört wird. Die Anwaltskammer ist ein Teil unserer Rechtsorganisation, sie ist reichsgesetzlich geordnet, sie wirkt mit an der Verwirklichung der Rechtsverfolgung. Infolgedessen möchte ich auch für sie in Anspruch nehmen, daß in solchen Sachen wenigstens ihre beratende Stimme gehört werde. Selbstverständlich würde es im einzelnen Falle eine Frage der Zweckmäßigkeit sein, aber ich meine, es würde gerade deswegen, weil der Sitz des Justizministeriums und der Anwaltskammer der gleiche, hier in Dresden, ist, sich Gelegenheit finden, möglichst oft in Verbindung zu treten.

Ich resümiere mich also dahin, daß ich mit den vorgeschlagenen Bestimmungen, wie sie jetzt der Bericht enthält, einverstanden bin und daß ich trotz der Bedenken, die ich geäußert habe, dafür stimmen werde, daß ich aber den Art. IV nicht annehmen kann.

(Bravo! in der Mitte.)

(D)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abg. Dr. Böphel.

Abg. Dr. **Böphel:** Meine sehr geehrten Herren! Ich lege auf die Behandlung dieses Gesetzes besonderes Gewicht, weil ich es für sehr tief einschneidend halte und mich zu der Auffassung, die von dem Herrn Abg. Dr. Mangler vertreten worden ist, in keiner Richtung bekennen kann. Die Vereinfachung des Geschäftsverfahrens ist ja jetzt zum Schlagwort geworden, und man will alles über diesen Kamm scheren. Dieses Rechtsgeschäft aber, das der Bericht behandelt, hat doch ganz andere Interessen als die, möglichst einfach und möglichst fix zu sein. Die eine Versicherung gebe ich ab: in der Fixigkeit werden wir künftig der Vergangenheit über sein, ob in der Richtigkeit, ist mir eine sehr gewaltige Frage.

Meine Herren! Es ist schon an sich unerquicklich, daß wir eine Andersbehandlung der sächsischen Grundbesitzer und -interessenten mit in Kauf nehmen sollen gegenüber den anderen. Die nicht in Sachsen liegenden Grundstücke erfahren durch Vereinbarungen, die wir in Sachsen treffen, eine größere Sicherheit des Rechts als die nur in Sachsen selbst gelegenen und ebenso als die Rechte, die sich nur in Sachsen selbst geltend machen lassen. Das ist unerfreulich gegenüber dem, was das